

Laibacher Zeitung.

Nr. 25.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzl. fl. 11, halbj. fl. 5-50. Für die Zustellung ins Haus halbj. 50 fr. Mit der Post ganzl. fl. 15, halbj. fl. 7-50.

Mittwoch, 30. Jänner.

Insertionsgebühr: Für kleine Inserate bis zu 4 Zeilen 25 fr., größere per Zeile 6 fr.; bei öfteren Wiederholungen der Zeile 3 fr.

1884.

Mit 1. Februar

beginnt ein neues Abonnement auf die

„Laibacher Zeitung.“

Der Pränumerations-Preis beträgt für die Zeit vom 1. Februar bis Ende März:

Mit Post unter Schleifen 2 fl. 50 fr.
Für Laibach ins Haus zugestellt 2 „ —
Im Comptoir abgeholt 1 „ 84 „

Vom 1. Februar bis Ende Juni:

Mit Post unter Schleifen 6 fl. 25 fr.
Für Laibach ins Haus zugestellt 5 „ —
Im Comptoir abgeholt 4 „ 59 „

Für einen Monat:

Mit Post unter Schleifen 1 fl. 25 fr.
Für Laibach ins Haus zugestellt 1 „ —
Im Comptoir abgeholt — „ 92 „

Nichtamtlicher Theil.

Se. Majestät der Kaiser haben, wie das „Prager Abendblatt“ meldet, der israelitischen Cultusgemeinde zu Trautenuau zum Tempelbaue eine Unterstützung von 100 fl. zu spenden geruht.

„Ordnung“ und „Confusion.“

Die Weltgeschichte ist das große Buch voll unendlicher Weisheit, aus welchem die Menschen nichts lernen. Diesen, leider nur zu wahren Spruch hat Herr Professor Beer in der Rede, mit welcher er die Sprachendebatte weniger bereichert, als verlängert hat, wieder einmal schlagend bewiesen. Er hat die Geschichte der großen Kaiserin Maria Theresia und ihres mit unvergänglichem Lichte in die kommenden Jahrhunderte hineinstrahlenden Sohnes mit all der Gründlichkeit, die dem deutschen Professor ziemt, studiert. Diese Geschichte enthält für jeden denkenden Leser die eindringliche Lehre, dass die habsburgische Monarchie ihre eigenen Lebens- und Entwicklungsbedingungen, ihre eigenen Tugenden, ihre eigenen Naturgesetze habe, die wir nicht das Geringste, viel weniger die Schablone des selbst das Genie nicht, viel weniger die Schablone des Bureaucratismus oder Doctrinarismus zu beugen ver-

mag. Doch nicht diese gewichtige Lehre hat Herr Dr. Beer von seiner Studienreise in das vorige Jahrhundert heimgebracht. Voll kindlicher Naivität begnügt er sich mit der bunten Muschel eines Appergus, das er am Strande des Meeres der Weisheit aufgefunden, und voll kindlicher Freudigkeit zeigt er sie den politischen Spielgenossen. Maria Theresia, erzählte er, habe von Kaunitz gesagt, dass er den Staat aus der Confusion in Ordnung gebracht; sie würde vom jetzigen Ministerpräsidenten sagen: er habe den Staat aus der Ordnung in die Confusion gebracht. Die Linke nahm diese Platitude mit lebhaftem Beifall auf, und wir fühlen uns durch denselben dringend eingeladen, uns doch wieder einmal die „Ordnung“ näher zu besehen, welche das liberale Regime dem Grafen Taaffe als Erbe hinterlassen hat.

In der Volksvertretung, welche es zu ihren obersten Pflichten zählen muss, die Würde und das Ansehen des Reiches zu wahren, hatte sich gegen diese hohen, unveräußerlichen Güter eine wilde Agitation erhoben. Unbekümmert darum, dass dadurch die Stellung, welche unsere Monarchie in der europäischen Völkerfamilie einnimmt und einnehmen muss, die denkbar schwerste Schädigung erführe, wollten die Liberalen die Krone zwingen, ihre Unterschrift vom Berliner Vertrage zurückzuziehen oder dieselbe wert- und bedeutungslos zu machen.

Mit dem Macht-Ansehen sollte zugleich die Machtstellung des Reiches vernichtet werden, und man legte die Art an die wichtigsten Wurzeln derselben. Die Orientpolitik, in intimer Vereinbarung mit Deutschland concipiert und zweifellos eine der Grundlagen des austro-deutschen Bündnisses, wurde blindwütig bekämpft. Leichten Herzens mutheten die Liberalen der Monarchie zu, ihre siegreichen Truppen aus Bosnien herauszuziehen und ihre Existenzbedingungen preiszugeben, welche unlösbar an die Entwicklung der Dinge auf der Balkan-Halbinsel geknüpft sind. „Oesterreich-Ungarn muss auf die Verhältnisse zweier Mittelstaaten reducirt werden“, rief's in offener Parlamentsitzung aus dem Lager der Liberalen, und diesem stolzen Lösungsworte entsprechend wurde die Reduktion der Armee zu einem hervorragenden Punkte des liberalen Programmes erhoben. Wir hatten ein Bündnis mit Deutschland geschlossen, ein Bündnis voll großer Aufgaben, an deren Spitze die Wahrung des europäischen Friedens steht. Selbst-

verständlich hatte dasselbe die Erhaltung unserer Armee im status quo zur Voraussetzung. Selbst dieses maßgebende Moment verfieng indessen bei jener Partei nicht, die heute das Bündnis mit Deutschland als ihre „Herzenssache“ erklärt. Im Gegentheil, man bekam das Argument zu hören: „Wenn Deutschland unser Verbündeter ist, muss sein gewaltiges Heer uns auch schützen; ein Grund mehr, unsere Armee zu reducieren.“ Der Patriotismus dieser Herren vertrat den Gedanken, aus dem Bundesgenossen Deutschlands einen Schützling Deutschlands zu machen.

Doch auch bezüglich der inneren Politik waren in der Volksvertretung die jammervollsten Zustände eingetreten. Das aus dem Schoße der liberalen Partei hervorgegangene Ministerium konnte nicht leben und nicht sterben, und so weit es lebte, geschah's mit Hilfe jener Fractionen, die sich von Haus aus in oppositioneller Stellung befanden. Nur mit Hilfe dieser letztern hat es das wirtschaftliche Uebereinkommen mit Ungarn zustande zu bringen vermocht, und nur ihrem Patriotismus ist es zu danken, dass sich in der hinterlassenen „Ordnung“ des liberalen Regimes nicht auch der Zerfall der Monarchie in zwei von einander vollkommen unabhängige Zollgebiete befindet, dass Wien nicht das Vergnügen genießt, vor seinen Thoren auf ungarrische Grenzzollwächter zu stoßen. Die Achtung vor der kaiserlichen Regierung, zugleich aber auch die gute Sitte im Parlamente waren so tief gesunken, dass man aus den Reihen der Liberalen in offener Sitzung der Ministerbank bestqualifizierte Ehrenbeleidigungen zuschleuderte. Selbstverständlich sah sich eine solche Regierung gezwungen, maßgebenden Orts zu erklären, dass sie außerstande sei, eine Gesetzworlage bezüglich der zehnjährigen Verlängerung des Wehrgesetzes einzubringen; nicht minder scharf charakterisiert es aber auch die Situation, dass selbst das linke Centrum, welches angeblich den Staatsgedanken besonders hoch hielt, es auf Grund eines Clubbeschlusses ablehnte, für eine Vorlage einzutreten, die das Wehrgesetz für mehr als ein Jahr verlängert.

Nebenbei hatte sich die „Ordnung“ der Linken ohnmächtig erwiesen, die Verfassung zur vollen Geltung zu bringen, und im Hause vor dem Schottenthore tagte ein Rumpfparlament. Nach wie vor verharrten die Czechen in schroffer Negation.

Nicht freundlicher sah es in dem bischen Oesterreich außerhalb des Hauses vor dem Schottenthore

Feuilleton.

Der Kleinhäusler.

Erzählung aus dem oberrheinischen Volksleben von C. A. Kalkenbrunner. (17. Fortsetzung.)

Der Corporal und der zweite Soldat luden jetzt ihre Gewehre wieder, was bei den übrigen ohnehin der Fall war. Ein weiterer Widerstand war umsonst, aber Leopold's schwerere Sorge richtete sich auf den gefährlichen Zustand Dominik's, gegen den er jetzt mit einer heiligen Schuld der Dankbarkeit verpflichtet war. Der Zug nach Schärding, von einem Theile der Soldaten geführt, sollte jetzt alsbald abgehen.

Dominik wurde aufgerüstet und von den Cordonnisten aufgefördert, den Wagen zu besteigen.

Allmählich zur Besinnung kommend, aber vor Schmerz stöhnend, erbat er sich die Vergünstigung, noch einmal ins Haus zu gehen und von seinem Weibe Abschied zu nehmen.

Es ward ihm gestattet, indem ihn zwei Soldaten begleiteten. Mühsam, von Leopold unterstützt, schleppte er sich hin. Er machte Licht, öffnete einen Kasten, zog einen besseren Rock an, nahm aus einer Lade das darin liegende Geld und steckte es schweigend zu sich; darauf rief er Magdalena, gab ihr ein paar Gulden, die er in die Lade legte, und beurlaubte sich von ihr, Schmerz und Aufregung so viel als möglich unterdrückend. „B'hiit' dich Gott, Magdalena!“ sagte er dumpf. „Ich muss nach Schärding. Will's Gott, so komm' ich in einigen Tagen wieder. Grüße mir die Broni und hab' auf das Haus gut acht!“

Die Geistesarme war über das Aussehen ihres Mannes, der sich kaum aufrecht zu erhalten vermochte,

sehr erschrocken, sie begriff, dass etwas Ungewöhnliches vorgehe, und mit großer Scheu blickte sie auf die hereingekommenen Soldaten.

Als die letzteren zum Aufbruche drängten und Marsch! commandierten, ließ sie sich durchaus nicht abhalten, mit hinauszugehen. Dominik, welcher so viel Stolz besaß, sich vor den Soldaten nicht schwach zu zeigen, konnte doch den Seufzer nicht unterdrücken: „Ach, was wird Broni sagen, wenn sie die Geschichte erfährt?“ Leopold suchte ihn möglichst zu beruhigen, wiewohl ihn selbst die höchste Unruhe erfüllte.

Bereits war das Tagesgrauen angebrochen.

Magdalena starrte die vielen Soldaten vor dem Hause unbeweglich an; als aber dieselben den vor Schwäche schwankenden Dominik auf den Wagen hoben, da fiel sie mit kreischendem Gezeier die Cordonnisten an, raufte sich mit ihnen, um ihren Mann zu befreien, der sie vergeblich zur Ruhe ermahnte.

Zwei Soldaten nahmen sie in die Mitte und hielten die heftig Widerstrebende fest.

Inzwischen ordnete sich der Zug. Neben Dominik setzte sich der Corporal und neben Leopold, der den Befehl bekam, im langsamen Schritt zu fahren, der zweite Soldat, beide das geladene Gewehr an der Seite.

Zwei Soldaten von der zuletzt gekommenen Streifpatrouille gingen neben dem Wagen, der den Weg nach Schärding einschlagen mußte. Der Zug hatte sich in Bewegung gesetzt. Magdalena stieß gellende, markerschütternde Töne aus.

Es war für Dominik und Leopold ein trauriger Abzug; verhängnisvoll für den einen und doppelt peinlich für den anderen, da Leopold von dem Herange des Vorfalls nicht unterrichtet und über die Mitschuld Dominik's in gänzlicher Ungewissheit war. Ueberdies ängstigte ihn der Gedanke an Broni, die Furcht vor seinem Vater und die höchste Besorgnis für

Dominik, dessen Wunde so lange nicht untersucht und verbunden werden konnte.

Dominik hinwieder hegte für Leopold die schwerste Sorge, und vor dem Wegfahren hat er ihn mit einem leisen Händedruck um Verzeihung für alles Ungemach, das er jetzt erleiden müsse; darauf brach er nach den letzten Anstrengungen an den gesteigerten Schmerzen seiner Wunde völlig zusammen und mußte im Wagen wie ein Halbtodter gestützt werden.

Bei der Sölde waren die übrigen fünf Mann zurückgeblieben, welche das Haus besetzten und die confiscirten Waren bewachten, bis sie vom Gerichte abgeholt würden. Während sich jetzt die Soldaten über die weitere Untersuchung des Hauses berathschlagten, war hinter der Sölde ein Mann herangeschlichen, welcher vorsichtig umherspähte und auskundschaften wollte, wie es stehe und was mit den Waren geschehen sei.

Es war Zauner, mit gewaschenem Gesicht und in einem ganz veränderten Anzug für den Fall, als er gesehen würde. Da er die lauten Stimmen der Soldaten hörte, zog er sich mit einem heimlichen Fluch schleunigst wieder zurück. Unmittelbar darauf begannen die letzteren alles zu untersuchen, wobei sie den Eingang in den geöffneten Keller und unter großem Jubel die darin gelagerten Vorräthe von ausländischen Waren entdeckten, von welchen sie sich ergiebige „Ergreifersontheile“ erwarteten.

Magdalena, in ihrem Gebaren kindisch, drohte ihnen zornig mit dem Wesen, als sie sah, dass die Soldaten alles durchstöberten. Zuletzt gewährte es diesen eine gemeinsame Unterhaltung, mit dem erregten blödsinnigen Weibe allerlei Neckerei und Kurzweil zu treiben.

Wahrlich, ein trübes Herrbild der ersten Lage, in welcher sich die ganze Familie des Häuslers befand! (Fortsetzung folgt.)

aus. Die „Ordnung“ des Herrn Dr. Beer hatte eine Weltausstellung zuwege gebracht, welche mit einem Deficit schloß, das sich mit dem eines Jahresbudgets messen konnte, und der von derselben „Ordnung“ theilnehmend postierte „wirtschaftliche Aufschwung“ endete mit einem Zusammenbruche, welcher den Wohlstand von Millionen unter seinen Trümmern begrub, wirtschaftliche Zerrüttung über die ganze Monarchie brachte und zu dem curiösen Stück Staatssozialismus führte, daß die Regierung Reichsmittel aufbieten mußte, um Banken zu retten, Großindustrielle zu stützen und Eisenbahnen zu sanieren.

Doch auch abgesehen von der schweren Katastrophe lag der Handel darnieder, da man nicht Zeit hatte, an etwas zu denken, das wie Eisenbahn- und Tarifpolitik aussah. Die Industrie welkte unter dem Segen des Freihandels dahin. Die österreichische Rente war auf die Gnade und die Laune des Auslandes angewiesen und das wachsende Deficit des Staatshaushaltes in üppiger Kraft erhalten durch die „Ordnung“, welche alle Steuerreformvorträge der Regierung zu Falle brachte, bewährte sich als stetiger Mehrer des Tributs, den wir alljährlich über die Grenze zu schicken hatten. Zum Schlusse darf auch Ungarn nicht vergessen werden. Es hatte aus den Ausgleichsverhandlungen die bittersten Empfindungen gegen die österreichische Regierung und das österreichische Parlament heimgetragen, und die Beziehungen zwischen den beiden Reichshälften waren die denkbar gespanntesten.

So sah die „Ordnung“ aus, nach welcher das liberale Gemüth des Herrn Dr. Beer eine so ungewollte Sehnsucht empfindet.

Wie sieht die „Confusion“ von heute aus? Alle Völker des Reiches beugen sich der Verfassung, durchdrungen von der Ueberzeugung, daß ihre Quadern unerschütterlich fest ruhen; im Prachtthaus des Parlaments tagt — zum erstenmale in der constitutionellen Ära — eine vollzählige Volksvertretung, und auf der Ministerbank sitzt ein Ministerium, das zwar keine Parteiregierung, aber selbst nach dem Zeugnisse der Opposition (im Minoritätsberichte des Sprachen-Ausschusses) eine „österreichische Regierung“ ist. Hinter ihr steht im Parlamente eine festgefügte Majorität, welche gleichfalls als eine österreichische bezeichnet werden darf, da in ihr sämtliche Völker des Reiches repräsentiert sind. Diese Regierung hat in den vier Jahren ihres Bestandes die Aufgaben gelöst, welche dem Reichsrathe bezüglich der Occupation Bosniens zufielen und dadurch der Orientpolitik des Reiches Klar Wasser gemacht. Sie hat den ungeschwächten Fortbestand unserer Armee auf zehn Jahre gesichert. Sie hat dem nationalen Hader die staatsrechtliche Spitze abgebrochen und denselben reducirt auf den häuslichen Sprachzwist der feindlichen Brüder im Böhmerwalde. Sie hat nach dem Zeugnisse der Berliner „National-Zeitung“ die nichtdeutschen Volksstämme des Reiches dem austro-deutschen Bündnisse gewonnen. Sie hat nach dem nicht minder klassischen Zeugnisse der „Rölnischen Zeitung“ den Panславismus aus den österreichischen Landen gebannt, und nicht zu ihren geringsten Erfolgen zählt es wohl, daß — wieder zum erstenmale, seit Oesterreich in seinem heutigen Gefüge besteht — diese Staatseinheit von allen seinen Völkern in „freiwilliger Anerkennung“ betont und die historische Stellung der deutschen Sprache im Reiche in feierlicher Enunciation als eine „über momentane politische Fluctuationen erhabene Nothwendigkeit“ bezeichnet wurde. Was endlich Ungarn betrifft, so ist es vielfach constatirt worden, daß die Beziehungen zwischen den beiden Reichshälften durch gegenseitige Loyalität wieder möglichst freundlich gestaltet wurden.

Nicht minder freundlich läßt sich die „Confusion“ auf nicht politischem Gebiete an. In seiner Zoll-, Eisenbahn- und Tarifpolitik entwickelt das Cabinet Taaffe eine großangelegte Conception, deren wohlthätige Wirkungen, obwohl erst in ihren Anfängen begriffen, sich schon als unschätzbare erweisen. Die österreichische Industrie feiert ihre Wiegeburt, der österreichische Handel hat neues Leben gewonnen, die Landwirtschaft erstarkt sichtlich, während der gesunkene österreichische Gewerbestand in der Gewerbeform eine Garantie besserer Tage erblickt und mit den im Zuge befindlichen socialen Reformen die eigenste Frage der Zeit erfaßt, das ehrliche Vorkleben kundgegeben wird, auch die tiefer liegenden Schäden der modernen Gesellschaft zu mildern, wenn nicht zu heilen. Man darf heute im Ernste und mit dem besten Gewissen von einem „wirtschaftlichen Aufschwunge“ sprechen, denn dieser ist gesund, weil naturgemäß; er schafft nicht fictive, sondern positive Werte. Die vielverheißenden Spuren desselben finden wir im Staatshaushalte, wie an der Börse. Das Deficit ist auf eine minimale Ziffer herabgesunken. Die Börse ist von diesem Bewusstsein erfüllt und gehoben, es gab ihr die Kraft, das Schicksal der österreichischen Rente von „Haß und Gunst“ des Auslandes zu emancipieren. Zum erstenmale, seit wir eine Rente besitzen, wird der Cours derselben auf dem Wiener Geldmarkte bestimmt und dieser Cours ist höher, als er je gewesen, weil derselbe von der österreichischen Capitalkraft getragen wird, die stark genug geworden, diesen Atlas auf ihre Schultern zu nehmen. In heimischer Rente legt der österreichische Landwirt und Industrielle, der

kleine Bürger wie der Arbeiter mit Vorliebe und Vertrauen seine Ersparnisse an. Arbeit und Sparsamkeit ist an die Stelle des faulen Schwindels von ehedem getreten, und als ein nicht zu unterschätzendes Zeichen des herrschenden Geistes darf es wohl betrachtet werden, daß neunzig tausend Schulkinder ihre Kreuze in die Postspargasse tragen, welcher letztere mitzählt zu den „traurigen Eigentümlichkeiten“ der Taaffe'schen „Confusion“.

So sah die „Ordnung“ aus, welche die „Linke“ hinterlassen, und das ist in allgemeinen Umrissen die „Confusion“, welche das Cabinet Taaffe geschaffen.

Reichsrath.

323. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Wien, 26. Jänner.

(Schluß.)

Abg. Dr. Eduard Grégr: Ich muß constatieren, daß das Bedürfnis nach einem Sprachengesetze von der böhmischen Nation seit Jahren gefühlt wurde. Bekannt ist es, daß der böhmische Landtag bereits im Jahre 1871 den Versuch gemacht hat, selbst an die Ausarbeitung eines Nationalitäten-Gesetzes zu gehen, und daß dieser Versuch nur an dem Widerstande der Verfassungspartei scheiterte. Die letztere hat während der ganzen Zeit ihrer Herrschaft nicht daran gedacht, den Artikel 19 St. G. G. durch ein eigenes Gesetz auszuführen und ein Sprachengesetz zu schaffen; der Artikel 19 wurde nach ihrer Willkür interpretiert und practiciert. Desto mehr aber fühlten damals die Nicht-Deutschen Oesterreichs das dringendste Bedürfnis nach einem Sprachengesetze. Nach meiner Ueberzeugung ist es aber nicht so leicht, ein allseitig befriedigendes Sprachengesetz zustande zu bringen. Ich stimme mit dem überein, was diesfalls ein Redner dieser Seite sagte; auch ich bin der Ueberzeugung, daß die Männer, welche berufen wären, ein gerechtes und allseitig befriedigendes Sprachengesetz zustande zu bringen, nicht nur getragen sein müßten von dem hehren Gerechtigkeitsfinne, welcher keine andere Richtschnur kennt als die Gleichberechtigung für alle Völker und Nationalitäten; diese Männer müßten nicht nur den ehrlichsten Willen fühlen, Frieden zu schaffen zwischen den streitenden Nationalitäten des Staates, sie müßten vor allem abstreifen die nationale Voreingenommenheit, die nationale Ueberhebung, das unglückselige Vorurtheil, daß es Völker gebe, welche zur Herrschaft, und solche, welche zur Knechtschaft prädestinirt sind. (Beifall rechts.) Diese Männer müßten die schönen Worte der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit nicht nur in Wahlreden gebrauchen, sondern auch in der Praxis bethätigen. (Beifall rechts.)

Ich bin auch der Ansicht, daß ein gutes Sprachengesetz nicht von einer Parteiregierung zustande gebracht werden kann, weil dieselbe zu sehr an die Interessen ihrer Partei gebunden ist. Ich muß diesfalls meine Verwunderung aussprechen, daß eine Partei, welche nicht müde wird, bei jeder passenden oder unpassenden Gelegenheit der Regierung vorzuwerfen, daß sie die nichtdeutschen Nationalitäten auf Kosten der Deutschen protegiere, an diese Regierung herantritt mit dem Bunsche, sie möge ein Sprachengesetz erlassen. (Heiterkeit rechts.) Ich von meinem nationalen Standpunkte würde der Regierung ein so großes Vertrauen nicht entgegenbringen. Sie, meine Herren, haben aber wirklich recht, dieses Vertrauen in die gegenwärtige Regierung zu setzen, denn nach meiner Ueberzeugung hat es unter der langen Reihe von Ministerien seit 1861 kaum eine Regierung gegeben, welche der deutschen Sprache und der deutschen Nationalität solche ausgiebige Dienste geleistet hätte, wie eben die jetzige Regierung. (Widerspruch links.) Ich weise hin auf den bekannten Prüfungserlass bezüglich der böhmischen Universität, auf den § 17 der Schulnovelle, betreffend das Vorzugsrecht der deutschen Sprache an den böhmischen Mittelschulen, auf die Behandlung der Sprachenfrage bei Herausgabe der österreichisch-ungarischen Geldnoten, endlich auf die Behandlung des Conflictes im sprachlichen Verkehre der beiden böhmischen Universitäten; auch auf ein Verdienst der Regierung, auf das ich durch die Rede des Professors Tomaschek aufmerksam gemacht wurde, muß ich hinweisen, auf das Verschwinden der russischen Grammatiken aus der böhmischen Bevölkerung.

Inbetreff des Wurmbrand'schen Antrages will ich anerkennen, daß der Staat, nicht als Person gedacht, ein Verständigungsmittel haben muß, wenn er gegenüber den verschiedenen Volksstämmen nicht stumm sein soll. Er wird dies aber umso weniger sein, je mehr Sprachen er spricht. (Beifall rechts.) Nur dasjenige, was der Antrag tendiert, besteht, wie dies schon betont wurde, in der That, ohne daß es durch eigene imperative Gesetze codificirt worden wäre. Es besteht, weil es aus den Verhältnissen herausgewachsen ist auf den praktischen Boden des Lebens. Solche Gebilde scheinen mir mehr Kraft und Lebensdauer zu besitzen als solche, welche durch imperative Gesetze geschaffen werden können.

Die Motive, welche dem Antrage zu Grunde liegen, waren mir unklar. Ich suchte begreiflicher Weise nach

einer Aufklärung in der Rede des Antragstellers und im Berichte der Minorität. Das erste Motiv des Antragstellers lautet: Wir wünschen ein festes und einheitliches Staatsgebilde, nicht ein ideelles Nationalreich, welches in sich zerrissen ist; wir wollen unser altes Oesterreich nach den Begriffen, nach denen es sich gebildet hat. Ich würde in den Beifall, welcher diesen Worten von Seite der Linken folgte, mit vollem Herzen einstimmen, wenn dies wirklich so gemeint wäre. Ein einiges, kräftiges Oesterreich wünschen wir eben so gut wie die Herren auf jener Seite, und was die alten Begriffe anbelangt, nach welchen Oesterreich gebildet worden ist, so sind dieselben in jedem Lehrbuche der Geschichte zu lesen. Die Fundamentalgesetze der Monarchie, welche im Oktober-Diplome eine klare Anerkennung gefunden haben, das sind die alten Begriffe, nach denen Oesterreich gebildet worden ist, und wenn der Antragsteller wünscht, daß Oesterreich nach diesen alten Begriffen erhalten werden soll, würde er bei niemand mehr Anerkennung finden, als auf dieser Seite des hohen Hauses. (Beifall rechts.) Das zweite Motiv des Antragstellers beruht darin, daß angeblich alle großen Staaten Europa's eine Staatssprache haben. Meine Herren! Das ist einfach nicht richtig; im Gegentheile, es gibt keinen einzigen Großstaat, der eine gesetzlich festgestellte Staatssprache hätte. Bei jenen Staaten, die von einer einsprachigen Nation bewohnt sind, wie Frankreich, Italien u. s. w., wäre es nicht nur überflüssig, sondern geradezu komisch, eine Staatssprache gesetzlich zu normieren. Man hat allerdings Deutschland angeführt, welches in Posen das Deutsche als Staatssprache einführt; aber, meine Herren, gerade dieses Beispiel ist für uns ein sehr abschreckendes und läßt uns die Wahl einer Staatssprache nichts weniger als begehrlieh erscheinen. (Bravo! Bravo!) In jenen Staaten, wo viele sprachlich verschiedene Völkerschaften zusammenwohnen, ist ein Staatssprachengesetz nirgends vorhanden. In der Schweiz normiert Art. 109 der Bundesverfassung: „Die drei Hauptsprachen der Schweiz, deutsch, französisch und italienisch, sind Nationalsprachen des Bundes.“ (Rufe rechts: Hört!) Hier also, meine Herren, haben Sie durch das Gesetz mehrere Sprachen als Staatssprachen bestimmt, und es ist nicht richtig, daß die Schweiz nur eine Staatssprache habe, und wir könnten uns aufrichtig gratulieren, wenn wir solche Zustände bekämen wie die Schweiz. In Belgien hat sich die französische Sprache als Hauptsprache so wie bei uns in Oesterreich die deutsche entwickelt; die vlämische Bevölkerung hat ohne Murren die Präponderanz der französischen Sprache anerkannt, aber wie das vlämische Volk die Sache ansieht, beweist die Erscheinung, daß bei Processen die Bevölkerung vielfach ausdrücklich die Erklärung protokollieren läßt, daß sie im vollen Rechte sei, sich bei der Verhandlung auch der vlämischen Sprache zu bedienen, daß sie aber nichts gegen die Führung des Processes in französischer Sprache einzuwenden habe. Es wurde auf Ungarn hingewiesen und es wurden diesfalls Volksstämme, die nie ein selbständiges Staatswesen gebildet, mit solchen verglichen, bei denen dies der Fall war. Eine Parallele läßt sich nur zwischen Deutschen und Ungarn, zwischen Böhmen oder Galizianern und Kroaten ziehen. In Ungarn und den dazu gehörigen Ländern ist keineswegs das Magyarische als Staatssprache proclamirt. Im Gegentheile. Für den ganzen Umfang Kroatiens und Slavoniens ist die Amtssprache sowohl in der Gesetzgebung als im Gerichtswesen und in der Verwaltung die kroatische; selbst für die gemeinsamen Organe der Regierung gilt innerhalb der Grenzen Kroatiens und Slavoniens diese Sprache als Amtssprache. Das Ministerium hat Eingaben in dieser Sprache anzunehmen und zu erledigen; ja die Vertreter dieses Landes sind sogar berechtigt, in dem gemeinsamen Reichstage so wie in der Delegation sich der kroatischen Sprache zu bedienen. Das betreffende Gesetz ist auch in Kroatien in kroatischer Sprache erschienen. So steht es mit der Sprachenfrage in Ungarn aus. Ich möchte darauf hinweisen, wie die Kroaten die Sache in der Praxis auffassen. Sie kennen den Schilder-conflict. Wenn wir in Oesterreich so vorgehen wollten, hätten wir sehr viele Conflicte. (Heiterkeit rechts.) Ganz gewiß wären wir Böhmen und auch die Galizianer sehr zufrieden, wenn unser Verhältnis zur diesseitigen Reichshälfte so geregelt wäre, wie das der Kroaten zu Ungarn. (Bravo! Bravo!)

Ich war auch begierig, die Motive der Minorität kennen zu lernen. Es wird der Satz ausgesprochen, daß die deutsche Sprache seit einem Jahrhunderte unangefochten als die gesetzliche Staatssprache bestehe. Wenn dies wahr ist, dann ist der Antrag ein Pleonasmus. Es wird gesagt, daß die deutsche Sprache in Oesterreich seit vier Jahren schwer geschädigt und überall zurückgedrängt werde. Es ist dies aber nicht wahr. Wo sind die Beweise, wo die Belege dafür? Ich kenne keine solchen. (Bravo! rechts.) Gegen wen soll diese Beschuldigung gerichtet sein? Gegen die rein deutschen Länder gewiß nicht; in Bezug auf Böhmen aber müßte ich sie mit Entrüstung zurückweisen. (Bravo! rechts.) Es wird die Errichtung der böhmischen Universität als eine solche Bedrückung angeführt. Ich appelliere an das Billigkeitsgefühl aller Deutschen in diesem Hause, wenn ich sage: Liegt denn ein Unrecht darin, daß den

Deutschen in Böhmen eine luxuriös eingerichtete Universität belassen worden ist, während der böhmischen Wissenschaft ein armseliges Asyl errichtet wurde? Ist denn das ein Unrecht an der deutschen Nation, wenn der Wissenschaft anderer Nationalitäten nicht unterdrückt wird? Das ist, meine Herren, der tatsächliche Beweis von der Unterdrückung der Deutschen in Böhmen.

Wenn im Minoritätsberichte behauptet wird, daß die erbitterte deutsche Bevölkerung durch das Staats-sprachengesetz beruhigt werden müsse, so kommt mir dies gerade so vor, als wenn ein kleinerer Theil der Bevölkerung beruhigt werden sollte, um einen anderen, größeren Theil in die heftigste Beunruhigung zu versetzen. Es hieße dies, einen kleinen Brand zu löschen, um einen größeren anzufachen. (Sehr gut! rechts.) Das Argument, daß die Proclamation der deutschen Sprache zur Staatssprache nothwendig sei, um die culturelle Entwicklung der zurückgebliebenen Volks-stämme zu ermöglichen, kann ich nicht ernst nehmen. Ich habe die höchste Achtung vor der deutschen Cultur, ob es aber nothwendig war, ihr einen Ruhmestempel in der Bukowina zu errichten, will mir nicht ein-leuchten. (Heiterkeit rechts.) Wenn übrigens die Deut-schen in Oesterreich immer die hohe Cultur und die große Bedeutung des gesammten deutschen Volkes im Runde führen, so kommt mir das vor, als wenn sich arme Verwandte immer auf den reichen Onkel be-rufen. (Lebhafte Heiterkeit rechts.)

Die vorgebrachten Gründe sind also mehr oder weniger Scheingründe. Nicht um die Festhaltung der deutschen Sprache als Staatssprache, sondern um die Erweiterung ihres Geltungsgebietes handelte es sich, um eine Herabdrückung der Sprachen der anderen Völker und in folgerichtiger Konsequenz um die un-ausweichliche Germanisierung der nichtdeutschen Völker. Das ist der Schlüsselstein des Antrages Wurmbrand. (Sehr richtig! rechts.) Es ist dies wohl auch der Grund, warum eine Definition der Staatssprache nicht gegeben wurde; es ist schwer, etwas zu definie-ren, was man nicht sagen will. Staatssprache heißt es und Germanisierung bedeutet es. (Rufe rechts: Sehr richtig!) Für wen soll die deutsche Staatssprache gelten? Für Ungarn nicht, für Kroatien nicht, für die Deutschen ist sie überflüssig, Galizien und Dalmatien sollen ausgeschlossen werden, dann bleibt nichts übrig, als die böhmischen und das kleine Gebiet der sloveni-schen Länder. Ist das der Staat Oesterreich? Das ist ein kleiner Theil. Diese Ausschließung hat nur den Zweck, die Germanisierung des Reiches stückweise zu vollenden. (Rufe rechts: So ist es!) Uebrigens gesteht dies der Minoritätsbericht selbst, indem er sagt, daß der Staat die Pflicht hätte, die deutsche Sprache zwangs-weise durchzuführen. Man müsse geradezu stamm-über die juristische Spitzfindigkeit, mit der auf dem Sprachengebiet vorgegangen wird. Die landesübliche Sprache mußte sich die Unterordnung unter die Lan-desprache gefallen lassen, und jetzt will man auch die nichtdeutschen Landessprachen der deutschen Staats-sprache unterordnen. In Böhmen hat man in der gol-denen Zeit der Germanisierung Beamte angestellt, welche die Sprache des Volkes nicht verstanden, man hat die Bauern gezwungen, den Eid in der ihnen unverständlichen Sprache zu schwören, man hat selbst dem Inquisiten das Todesurtheil in der ihm unver-ständlichen deutschen Sprache vorgelesen. Die Erfah-rungen jener Zeit haben wir, Gott sei Dank, hinter uns, und wir fürchten wie das gebrannte Kind das Feuer alle jene Versuche, welche in ihren Konsequenzen wieder zu ähnlichen Zuständen zurückführen könnten. (Lebhaftes Bravo! rechts.)

Es wurde gestern das Patent vorgelesen, durch welches Kaiser Josef II. die deutsche Sprache als Uni-versalsprache für Oesterreich erklärte. Als der große, edle Herrscher auf dem Sterbebette lag, da führte man in Ungarn unter dem Jubel der Bevölkerung wieder die Landessprache ein. Sie werden kaum jemanden finden, der von den humanitären und liberalen Ab-sichten des großen Kaisers so begeistert wäre wie ich; aber Kaiser Josef selbst mußte seinen Germanisierungs-versuch aufgeben, und ich behaupte: wäre das National-bewußtsein zu jener Zeit ein so reges gewesen wie heute, der edle Menschenfreund auf dem Throne hätte sich gewiß mit Abscheu abgewendet von Versuchen, welche ihm als ein Verbrechen an den unverbrüchlichen Rechten der Menschheit erschienen wären. (Bravo!) Und wenn man ihn von jener Seite des Hauses als den Germanisator zu feiern beliebt, so ist dies nichts anderes, als ein Mißbrauch des Andenkens an den großen Kaiser. Und das, was nicht gelungen ist zur Zeit der nationalen Bewußtlosigkeit, das wollen Sie erzwingen zur Zeit der nationalen Begeisterung! Haß und Zwietracht werden Sie unter den Völkern säen. Sie werden den Nationalhaß zur Permanenz erheben, die Kraft des Staates lähmen, aber die für ihre Muttersprache begeisterten Völker dieser Sprache zu berauben, wird Ihnen nimmer gelingen. (Lebhafter Applaus.)

Man sagt, die Deutschen seien der Kitt des Reiches. Ich stimme jenem Redner der Linken zu, welcher Oesterreich einen Prachtbau nannte. Ja, dieser Prachtbau ist aber zusammengesetzt aus Riesenquadern und der Kitt, der diese Quadern zusammenhält, ist das

Bewußtsein des Schutzes, welches diese Nationali-täten für ihre Eigenart und Sprache finden. (Bravo!) Opfern Sie, meine Herren, dieses Bewußtsein nicht, denn sonst lockern Sie den wahren Kitt des Reiches.

Meine Herren, Sie haben die Herrschaft ver-loren, weil Sie der Fahne der Freiheit untreu ge-worden sind, weil Sie das Vertrauen des Volkes nicht gerechtfertigt haben. Ich will keine Recriminationen vorbringen, aber hinweisen will ich nur auf die Be-handlung der Wahlordnung, auf Ihren Widerstand gegen das allgemeine Stimmrecht, das ja der erste Grundsatz des liberalen Kathedismus ist, weiter auf die Behandlung, welche das Pressgesetz, das Vereins- und das Versammlungsrecht von Ihnen gefunden hat; was die Freiheit auf volkwirtschaftlichem Gebiete an-belangt, so ist die Bahn, welche Sie gegangen sind, mit den Thränen von tausenden Wittwen und Waisen geneckt, die ihr Gut bei Ihrem volkwirtschaftlichen Aufschwunge verloren haben.

Ich habe die Hoffnung auf eine liberale Partei-bildung nicht aufgegeben; es wird der Tag kommen, und er muß kommen zum Heile der Völker Oester-reichs, wo die leitende Rolle wieder in die Hände der Liberalen kommt, aber diese liberale Partei wird von anderen Männern zusammengesetzt sein, sich nach an-deren Principien richten als die jetzige. Sie wird be-stehen aus jenen liberalen Männern aller Nationali-täten, welche auf ihr Schild die Devise schreiben: Gleiches Recht für alle!

Der Antrag Wurmbrand führt nicht zum Frieden, sondern zum ewigen Kampfe und zur gegenseitigen Unterdrückung; deshalb werde ich gegen denselben stim-men. (Unhaltender lebhafter Beifall und Handklatzchen rechts.)

Abg. Dr. Magg ist dem Abgeordneten für die Landgemeinden des Bezirkes Raasdorf dankbar für die Rede, welche derselbe eben gehalten; denn seine Rede, nicht aber die früher auf der rechten Seite des Hauses gehaltenen Reden bieten der liberalen Partei einen Boden zur Verständigung. Nur hätte derselbe auch den Gegnern mehr Gerechtigkeit widerfahren lassen und die Sünden, welche er denselben vorwarf, nicht selbst begehen sollen, indem er so wegwerfend von den armen Stammverwandten der Deutschen in der Zips u. sprach. Der Redner geht nun ebenfalls auf die Geschichte zurück; der übermüthige Geist des Kanzlers König Ottokars, der zur Zeit der Wahl Rudolfs von Habs-burg über die deutschen Kurfürsten spottete, lebe leider noch in czechischen Volke fort. Es solle aber Haß und Hohn darum deutscherseits durchaus nicht mit Gleichem vergolten werden. Gehe es an, in derselben Rede die Fundamentalarartikel, wenn auch ohne sie zu nennen, zu preisen und sich als Liberalen und Ver-theidiger der Reichseinheit hinzustellen? Von einer Germanisation in neuerer Zeit zu sprechen, heiße der geschichtlichen Wahrheit ins Gesicht schlagen. Eher das Gegentheil sei der Fall gewesen. Germanisiert sei in Oesterreich überhaupt nur unter Einem Ministe-rium worden, unter dem Ministerium Bach-Thun.

Der Redner wendet sich gegen die Einwendungen, welche von früheren Rednern gegen den Antrag er-hoben wurden, die ihn 1881 nicht opportun fanden und 1883 auch nicht begreifen wollten; er selber möchte gern die Ansicht der Regierung darüber kennen lernen, und wenn dieselbe ihm zusagt, wird er ihr seinen Beifall nicht versagen. Den Aeußerungen Dr. Grégr's über die Staatssprache hält Redner diejenigen Wien-bacher's über dieselbe Frage gegenüber und exemplifi-ciert Dr. Grégr's Behauptungen über Nationalitäts-Rechte, Staats- und Landessprache an auswärtigen Ländern, namentlich auch an den Vereinigten Staaten und an Belgien, bezüglich dessen sich Herr Dr. Grégr bei seinem Citate eine sehr wesentliche Lücke habe zu-schulden kommen lassen, weil eben dort das Fran-zösische wirklich die Staatssprache im ganzen Lande sei. Also möge künftig mehr Genauigkeit im Anführen fremder Beispiele walten. Der Redner weist auch auf die einheitliche Kirchensprache in der katholischen Kirche gegenüber der Vielsprachigkeit in der protestantischen hin, als auf eine Analogie, welche vielleicht denjenigen Herren einleuchten werde, welche kirchliche Angelegen-heiten für noch wichtiger halten als staatliche.

Der Redner erörtert sodann die Bedeutung einer Staatssprache als Amtssprache und die in dieser Be-ziehung in Oesterreich bestehenden Verhältnisse, wobei er auch auf die vielgenannten Sprachverordnungen zu sprechen kommt. Niemand könne es einfallen, die Nicht-deutschen in einem österreichischen Lande zur Erlernung der deutschen Sprache nöthigen zu wollen, aber etwas anderes sei es, die Kenntniß der deutschen Sprache für Anstellungen im Staatsdienste zu verlangen und in diesem Dienste ein sprachliches Chaos nicht zuzulassen. Für die Armee gebe man ja diese Forderung ohne-weiters zu. Auch da könne man sagen, die Verhält-nisse seien stärker als Wünsche und Bestrebungen. Bei all dem möge man den Vertheidigern einer Staats-sprache nicht unterschieben, was sie nicht anstreben. Sie wollen keinem verwehren, vor Gericht sein Recht in seiner Muttersprache zu suchen und zu erhalten, aber die Gerichtssäle sollen andererseits auch nicht zu Tummel-plätzen für Nationalitäts- und Spracheneifer gemacht werden, wie es oft genug schon geschehen sei. Wir an-

erkennen — fährt der Redner fort — die Rechte der Völker auf den Gebrauch ihrer Sprache, wie sie im Art. 19 festgestellt und garantiert sind, wir wollen sie nicht antasten, aber wir können nicht zugeben, daß mit den Rechten der Völker alles erschöpft und für den Staat in jenem Artikel gar nichts mehr nöthig sei und übrig bleibe; und weil Sie sich als Oesterreicher bekennen, müssen Sie auch dem Staate und nicht bloß den Völkern geben, was ihm noththut und gebührt, und darum sollen Sie für unseren Antrag stimmen.

Die Vorwürfe des Vorredners, daß die liberale Partei das Wahlrecht nach dem Steuerzettel und Stammbaume bemessen habe, glaubt Dr. Magg der Gegenpartei reichlich zurückgeben zu können, denn diese habe sich zuerst mit dem Hochadel verbündet und stehe noch mit ihm im Bunde. Den Einwand, daß die Erklärung der deutschen Sprache zur Staatssprache unnöthig sei, weil man das factisch bestehende Ver-hältnis nicht erst gesetzlich einzuführen brauche, kann der Redner ganz und gar nicht zugeben und etwas Bedenkliches in einer gesetzlichen Normierung des that-sächlich Bestehenden gar nicht erkennen, wohl aber in der Ablehnung des Antrages. (Großer Beifall links.)

Der Präsident bricht hierauf die Verathung ab und beraumt die nächste Sitzung für Montag, den 28. d. M., vormittags 11 Uhr an mit folgender Tages-ordnung: Fortsetzung der heutigen Debatte.

Schluß der Sitzung 2 Uhr 40 Min.

Zur Lage.

Die „Wiener Abendpost“ vom 28. d. M. schreibt: Unsere letzten Journalcitate über die Rentenhause und deren Ursachen sind dem Neuen Wiener Tagblatt gewaltig in die Quere gekommen. Be-weis dessen folgende Philippica, die es gestern gegen uns vom Stapel ließ: „Die Steigerung der Renten-course bleibt jedenfalls erfreulich, und die „Wiener Abendpost“ hätte nicht sie selbst sein müssen, wenn sie den Anlaß unbenützt würde vorübergehen lassen, ohne ihrer nicht allezeit ausreichend beschäftigten Schön-färberei neuen Stoff zuzuführen. Das geehrte Organ kennt aber, wie man weiß, nur eine Couleur: Licht und nichts als Licht und gar kein Schatten. Wo immer sich eine angenehme Bemerkung über die Besserung der Renten vorfindet, getreulich wurde sie von der biedereren „Abendpost“ reproducirt. Dafür blieb natürlich alles verschwiegen, was gegen den officiellen Strich war. Man kennt ja die ehrliche Citiermethode der halbamtlichen Abendzeitung; da werden ohne Um-stände einzelne Sätze aus dem Zusammenhange ge-rissen, darüber wird die Quelle gekostet und damit basta. Wenn die Officiösen die Höherbewertung der Renten sich ausschließlich in der ihnen angemessenen Weise zurechtlegen, so müssen wir dem gegenüber von un-serem objectiven Standpunkte aus wiederholt constatiren, daß der enorme Geldüberfluß einerseits und das Stocken aller geschäftlichen Thätigkeit andererseits die beiden Motoren bilden, die das Capital förmlich zwin-gen, den Anlagemarkt aufzusuchen. Das ist es haupt-sächlich, was derzeit den Renten zugute kommt, und davon profitirt der österreichische wie der ungarische Schatzkanzler gleichmäßig.“ — Wir haben trotz der Knappheit des uns heute zur Verfügung stehenden Raumes die Aeußerungen des „Tagblatt“ vollständig und wortgetreu wiedergegeben, um jedem Vorwurfe der Väckenhaftigkeit unserer Citate zu begegnen. Nun möchten wir aber das allezeit gesinnungstüchtige Journal um eine kleine Aufklärung ersuchen. Wenige Zeilen vor seiner an unsere Adresse gerichteten Strafpredigt constatirt das „Tagblatt“, daß die Steuereingänge sich über Erwarten günstig gestalten müssen, da der Herr Finanzminister noch immer keine Miene mache, die vorjährige Tilgungsrente auf den Markt zu brin-gen. Einige Zeilen tiefer wird wiederum das „Stocken aller geschäftlichen Thätigkeit“ als einer der Motoren geschildert, welche das Capital förmlich zwingen, den Anlagemarkt aufzusuchen. Wie reimt sich nun nach den einfachsten Gesetzen der Logik die über Erwarten günstige Gestaltung der Steuereingänge mit der an-gebliebenen Stockung aller geschäftlichen Thätigkeit? Und wenn weiter, wie wir keinen Augenblick in Abrede ge-stellt haben, hauptsächlich der Geldüberfluß die bedeu-tende Steigerung der Rentencourse herbeigeführt hat, kann sich das „Tagblatt“ eine so namhafte Steigerung denken, ohne das mit dem Capitalsüberflusse das Zu-trauen in den Staat und dessen Verwaltung Hand in Hand gieng?

Das ungarische Abgeordnetenhaus ist noch immer mit der Budgetdebatte beschäftigt. Nach Beendigung derselben sowie nach erfolgter Erlebigung des Runtiums des Oberhauses in Angelegenheit des Mißgehegesetzes gelangt die Brantweinsteuer-Vorlage auf die Tagesordnung, vorausgesetzt, daß dieselbe bis dahin die Vorberatung im Ausschusse passiert haben wird. Die Discussion über das erwähnte Runtium des Oberhauses dürfte — wie die „Ungarische Post“ her-vorhebt — allem Anscheine nach keine sonderliche Be-wegung hervorrufen, da sämtliche Parteien des Ab-geordnetenhauses nach wie vor an ihrem Standpunkte festhalten. Seitens der Unabhängigkeitspartei werden

abermals mehrere Redner den Wunsch nach Einführung der obligatorischen Civilehe zum Ausdruck bringen.

Locales.

— (Militärisches.) Se. k. und k. Apostolische Majestät geruhten allergnädigst zu ernennen die militärärztlichen Eleven erster Classe in der Reserve Dr. Hermann Maschke, des Garnisonspitals Nr. 8 in Laibach, beim Feldjägerbataillon Nr. 7, und Dr. Alfred v. Planner, des Garnisonspitals Nr. 7 in Graz, beim Garnisonspital Nr. 8 in Laibach.

— (Requiem.) Gestern 9 Uhr früh fand in der Domkirche ein Requiem für den verewigten Fürstbischof Dr. Bogacär statt, welches der hochwürdigste Herr Dompropst J. Supan celebrierte. Der Trauerfeierlichkeit wohnten das Domcapitel, die Anverwandten des Verstorbenen, die Hofkaplane und Beamten, der Herr Landeshauptmann Graf Thurn und eine große Zahl anderer Anständiger bei.

— (Zum Leichenbegängnisse des hochwürdigsten Fürstbischofes.) Wir haben bereits in der gestrigen Nummer bei Aufzählung der Theilnehmer an dem Leichenbegängnisse Sr. fürstlichen Gnaden des hochwürdigsten Fürstbischofes Dr. Bogacär erwähnt, daß auch Vertreter der k. k. Notariatskammer dabei anwesend waren. Wir werden im Anschlusse hiezu vom derzeitigen Präsidenten der k. k. Notariatskammer für Krain, Herrn Dr. Barth. Suppanz, ersucht, mitzutheilen, daß bei dem genannten Leichenbegängnisse „die k. k. Notariatskammer durch den Präsidenten Dr. Barth. Suppanz und die Herren Kammermitglieder Dr. Franz Wolf und Johann Gogola vertreten war“.

— (Die Decorierung eines Briefträger-Veterans.) Im festlich geschmückten Vorstandsbureau des hiesigen k. k. Postamtes gieng am 27. d. M. eine erhebende Feier vor sich. Dem hierortigen Fahrpost-Briefträger Simon Jeraß wurde, wie gemeldet, von Sr. k. und k. Apostolischen Majestät in Anerkennung der vielfach belobten, mehr wie 43jährigen Dienstleistung das silberne Verdienstkreuz verliehen, und es fand an diesem Tage um die Mittagsstunde die feierliche Ueberreichung dieser Auszeichnung durch den k. k. Oberpostverwalter Herrn August Preßl in einer dem seltenen Anlasse entsprechend würdigen Weise statt. Neben dem Herrn Ober-Postverwalter waren sämtliche dienstfreien Beamten des Post- und Telegraphenamtes, alle Kollegen des Ausgezeichneten und die übrigen Bediensteten beider Verkehrsanstalten, sämtlich in Festkleidern, erschienen. Der Herr Ober-Postverwalter würdigte in berebter Weise die Verdienste des Veterans, die er sich nicht nur als früherer Militär, sondern auch als ein stets pflichteifriger Staatsdiener im Verbands der Postanstalt zu erwerben wußte; stellte ihn betrefss seiner unermüdblichen Thätigkeit und unerschütterlichen Treue als nachahmungswürdiges Beispiel hin und hestete sodann dem Briefträger-Veteran die kaiserliche Auszeichnung unter Hochrufen auf den Monarchen, in die begeistert sämtliche Umstehende einstimmten, auf dessen Brust. Es war ein ergreifender Moment, als der von Rührung übermannte, im verantwortungsvollen, keine Last kennenden Postdienste bereits zahl gewordene Mann nach Worten suchte, um seinen Dank für die Allerhöchste Gnade auszudrücken! Schließlich wurde der Gefeierte allseits auf das lebhafteste beglückwünscht, und möge es ihm gegönnt sein, noch recht viele Jahre glücklich in der Erinnerung an diesen Tag der offenen Anerkennung seiner bewährten Dienstleistung im Kreise seiner Familie wie Mitbediensteten verleben zu können!

— (Von der Laibacher Volksküche.) Der hiesige Handelsmann Herr Hugo Turk hat für die Studentenverpflegung in der Laibacher Volksküche diesem Institute gütigst den Betrag von 6 fl. als Beitrag übergeben, für welche wohlthätige Spende der wärmste Dank ausgesprochen wird.

— (Aus der evangelischen Gemeinde.) In der am Montag abgehaltenen diesjährigen ordentlichen Gemeindeversammlung wurde der erstattete allgemeine Bericht zur Kenntnis genommen und der Cassenbericht genehmigt, nachdem die Revisoren Herren v. Trnčič und M. Güntler erklärt hatten, daß Bücher und Cassen sich in musterhafter Ordnung befinden. Den Wohltätigern der Gemeinde, in erster Linie dem Gustav-Adolf-Vereine, dann der löbl. krainischen Sparcasse und dem Deutschen Schulvereine für namhafte Spenden zu Schulzwecken wurde der herzlichste Dank der Gemeinde ausgesprochen. Bei den schließlich vorgenommenen Wahlen für das Presbyterium wurden die Herren A. Dreife und G. Fischer wieder- und Herr Oberstabsarzt Dr. E. Wolf neu gewählt; der bisherige Curator der Gemeinde, Herr E. Rüting, hatte seinen Austritt aus dem Gemeindevorstande angemeldet, wurde jedoch einstimmig wieder in denselben berufen. Nachdem noch dem aus dem Presbyterium scheidenden Herrn Laiblin der Dank für sein Wirken ausgesprochen worden, wurde die Versammlung nach zweistündiger Dauer geschlossen.

— (Der Festball in der Laibacher Citanica) findet am 2. Februar statt; der Anfang ist auf 8 Uhr festgesetzt; der Eintritt — für Mitglieder frei — beträgt für Gäste 1 fl. per Person. Dieser Festball

(bisher unter dem Namen „Bodnik-Ball“ abgehalten) zählt alljährlich zu den gelungensten Festen des Carnevals.

— (Aus Oberkrain) schreibt man uns: Die Eröffnung der Haltestelle der Kronprinz Rudolfsbahn in Radmannsdorf, die so allseitig freudig begrüßt wurde, ist im ersten Momente gleich von dem ebenso rührigen als tüchtigen Besitzer des „Hotel Basil“ in Radmannsdorf im Interesse des reisenden Publicums, namentlich der vielen unser Oberkrain besuchenden Geschäftsreisenden, richtig erfaßt worden. Derselbe beordert nämlich den Lohndiener seines Hotels mit Wagen zu der genannten Haltestelle, und werden die Gäste des „Hotel Basil“ sammt Gepäck gebührenfrei ins Hotel geleitet, in welchem sie dann auch billige Fuhren nach allen Richtungen zur Disposition finden. Das sich des besten Renommés erfreuende „Hotel Basil“ wurde durchwegs renoviert und enthält auch ein Café mit neuem Billard, alles den Anforderungen der Zeit bestens entsprechend. Küche und Keller sind daselbst, wie bekannt, vorzüglich und die Preise mäßig. Im Sommer sorgt ein guter Eis Keller für stets frisches Getränk. Radmannsdorf und speciell das „Hotel Basil“ daselbst werden nun nach eröffneter Haltestelle gewiss noch mehr als bisher zur Station für Sommerfrischler und Touristen werden, denen von hier aus die schönsten Ausflüge nach Belbes, in die Woche, zu den Weißenseer Seen u. s. w. u. s. w. winken!

— (Landschaftliches Theater.) Gestern gieng zum fünfzehntenmale „Müllers Bettelstudent“ bei sehr gut besuchtem Hause in Scene, und es erhielten die Fräulein M. Palme (Saura) und Herrmann (Bronislava) sowie die Herren Romani (Ollendorf), M. Martini (Simon) und Charles (Jan) reichlichen und bestverdienenden Beifall; namentlich war die Leistung des Hrn. Herrmann, welche eine nicht unbedeutende Indisposition siegreich überwand, eine doppelt anerkennenswerte. Herr Romani und Herr M. Martini mußten, ersterer zum Couplet „Schwamm drüber“, wieder mehrere Strophen zugeben, letzterer eine eingelegte Strophe, worin der Name Müller vorkam, wiederholen. — Die allseitig so vielbeliebte Operette wird auch hier noch eine Reihe voller Häuser erzielen.

der hiesigen Sternwarte, auf welcher er seit 1851 wirkte, erschossen. Er stand erst im 57. Lebensjahre. London, 28. Jänner. Die „Times“ melden aus Chartum vom 25. Jänner: Der Versuch der von hier ausgesendeten Dampfer, die Pontonbrücke über den Blauen Nil zu zerstören, ist wegen des leichten Wasserstandes misslungen. Die Rebellen griffen die Dampfer an, wurden aber nach heftigem Kampfe mit starkem Verlust zurückgeschlagen.

Laurvig, 28. Jänner. Heute früh ist eine heftige Feuersbrunst in dem sehr dicht bebauten Stadttheile ausgebrochen und sind viele Häuser niedergebrannt; mittags dauerte das Feuer noch fort. (Laurvig ist eine kleine Hafenstadt mit 3600 Einwohnern an der Südküste von Norwegen.)

Handel und Volkswirtschaftliches.

Rudolfswert, 28. Jänner. Die Durchschnitts-Preise stellten sich auf dem heutigen Markte wie folgt:

	fl.	kr.		fl.	kr.
Weizen pr. Hektoliter	8	65	Eier pr. Stück	—	14
Korn	5	89	Milch pr. Liter	—	8
Gerste	—	—	Rindfleisch pr. Kilo	—	48
Hafer	3	18	Kalbsteisch	—	48
Halbfrucht	—	—	Schweinefleisch	—	48
Heiden	5	40	Schöpfenfleisch	—	—
Sirke	6	51	Hähnchen pr. Stück	—	30
Kartoffeln	5	89	Lauben	—	20
Erbsen pr. Liter	—	—	Heu pr. 100 Kilo	—	—
Linsen pr. Hektoliter	—	—	Stroh 100	—	—
Erbsen	—	—	Holz, hartes, pr. Cubit.	—	—
Fisolen	—	—	„ weiches	—	—
Rindschmalz pr. Kilo	—	88	„ roth, pr. Hektolit.	16	—
Schweinschmalz	—	96	Speck, frisch	—	—
Speck, frisch	—	60	„ geräuchert	—	80
Speck, geräuchert	—	80			

Verstorbene.

Den 26. Jänner. Johann Dvjak, gewesener Knecht, nun Sträfling, 88 J., Gastellgasse Nr. 12, acute Tuberculose. — Maria Selan, Hausbesitzerstochter, 2 1/2 J., Hauptmanza Nr. 7, Diphtheritis.

Theater.

Heute (ungerader Tag): Durch die Intendanz. Original-Auffspiel in 5 Acten von E. Henle.

Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

Jahr	Zeit der Beobachtung	Barometerstand in Millimetern auf 0° C. reducirt	Lufttemperatur nach Celsius	Wind	Richtung des Windes	Niederschlag in Millimetern
29.	7 U. Mg.	738,41	— 8,0	windstill	Rebel	0,00
29.	2 „ N.	739,41	+ 1,8	SW. schwach	bewölkt	
9	9 „ Ab.	740,56	— 3,6	NO. schwach	heiter	

Morgens Nebel, Höhenreif, nachmittags etwas Sonnenschein, Abendroth; sternenhelle Nacht. Das Tagesmittel der Temperatur — 3,3°, um 2,0° unter dem Normale.

Verantwortlicher Redacteur: P. v. Radics.

(Eingefendet.)

Erste Stimmen.

„Altenfelden. Euer Wohlgeborn! Ersuche freundlichst um Uebersendung Ihrer bei habitueller Stuhlverstopfung sehr erprobten sogenannten Schweizerpillen. Franz Grill, Communalarzt.“

„Ich habe vielfältige Versuche mit Ihren sogenannten „Schweizerpillen“ angestellt und constatire mit Vergnügen, daß dieselben in den geeigneten Fällen von ausgezeichnete Wirkung sind. Dornbach bei Wien, Dr. Engelbert Felder, Gemeindevorstand und fürstl. Schwarzenberg'scher Hausarzt.“

„Ew. Wohlgeborn! Mit Ihren Pillen habe ich Versuche gemacht, und wurde mir die Wirkung sehr gerühmt. Mit Achtung J. Weber, prakt. Arzt. Ugeneich, Post St. Martin.“

„Wollan bei Gili. Ew. Wohlgeborn. Mit der Wirkung der eingefandten Pillen in jeder Hinsicht vollkommen zufrieden, ersuche z. Ergebenst Fr. Kuluc, prakt. Arzt. An Herrn Mich. Brandt, Apotheker, Zürich, Schweiz.“

Die Schachtel kostet 70 kr. in der Apotheke des Herrn W. Wahr in Laibach. (16)

(Eingefendet.)

Jedem Epilepsie-, Krampf- und Nervenleidenden können wir die weltberühmt gewordene, von den höchsten medicinischen Autoritäten anerkannte, sozusagen wunderbare Heilmethode des Herrn Prof. Dr. Albert, Paris, Place du Trône, 6, bestens empfehlen; wende sich daher jeder Kranke mit vollem Vertrauen an den oben Genannten, und viele werden ihre Gesundheit, an deren Wiedererlangung sie bereits verzweifelt, erhalten. Im Hause des Herrn Professors finden alle Krampfleidenden ein ruhiges Heim, Unbemittelte werden berücksichtigt; wie wir aus sicherer Quelle vernehmen, sind die Preise der Weltstadt angemessen sehr billig. Briefliche Behandlung nach Einsendung einer genauen Krankengeschichte. Noch müssen wir bemerken, daß Herr Prof. Dr. Albert erst nach sichtbaren Erfolgen Honorar beanprucht. (151) 24-4



Depôt der k. k. Generalstabs-Karten.

Maßstab 1:75.000. Preis per Blatt 50 kr., in Taschenformat auf Leinwand gespannt 80 kr.

Jg. v. Kleinmayr & Fed. Bamberg's Buchhandlung in Laibach.

Neueste Post.

Wien, 29. Jänner. Se. k. und k. Apostolische Majestät sind heute früh von München nach Wien zurückgekehrt.

Fiume, 28. Jänner. Se. k. und k. Hoheit der durchlauchtigste Herr Feldmarschall Erzherzog Albrecht ist mit dem Morgenzuge zu mehrtägigem Aufenthalte in Abbazia eingetroffen und hat in der Villa „Angiolina“ Wohnung genommen.

Original-Telegramme der „Laib. Zeitung.“

Wien, 29. Jänner. Die Debatte über den Wurmbrand'schen Sprachenantrag wurde in der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses vollständig zum Abschlusse gebracht. Nachdem die Abgeordneten Fürst Czartoryski als Generalredner, Dr. Sturm und Dr. Madeyski als Berichterstatter gesprochen hatten, wurde unter lebhafter Spannung des Hauses zur Abstimmung geschritten. Dieselbe wurde mittelst Namensaufruf vorgenommen. Die vom Abg. Ritter von Grocholski vorgeschlagene motivierte Tagesordnung wurde mit 174 gegen 167 Stimmen und der Antrag der Auschußmehrheit mit 184 gegen 157 Stimmen abgelehnt; der Antrag Schönerer's erhielt nur vier Stimmen, und auch der Antrag der Minorität wurde mit 186 gegen 155 Stimmen abgelehnt. (Wegen Lärmens wurde die obere Gallerie geräumt.) Der Antrag Coronini's wurde gleichfalls abgelehnt und somit sämtliche Anträge verworfen, womit der Gegenstand erledigt ist. Schluß der Sitzung um 5 1/4 Uhr. — Nächste Sitzung Donnerstag.

Budapest, 29. Jänner. Die Conferenz der liberalen Partei stimmte dem Vorschlage des Ministerpräsidenten zu, das Mischehe-Gesetz von der Tagesordnung abzulegen und die Regierung anzuweisen, zur Lösung der Ehefrage einen entsprechenden Gesetzentwurf vorzulegen. Tisza erklärte, seine Reise nach Wien galt in erster Linie der kroatischen Frage; er habe aber auch betreffs des Ehegesetzes berichtet und könne die Behauptung, daß er das Vertrauen der Krone nicht mehr besitze, durch die Erklärung widerlegen, daß er diesbezüglich die beruhigendsten Versicherungen erhalten habe. (Begeisteter Beifall.)

Wien, 29. Jänner. Im Salon der Wohnung des Professors Makart in der Gusshausgasse brach gestern ein Brand aus. Die Gemahlin des Künstlers kam mit den brennenden Kerzen einer Girandole einem Spitzenvorhange zu nahe, dieser fieng Feuer, und bald waren die kostbaren Möbel und viele Kunstschätze, welche den Salon schmückten, zu Asche verbrannt. Die schnell herbeigeeilte Feuerwehr localisierte das Feuer. Herr Makart hat einen nicht unbedeutenden Schaden erlitten.

Göttingen, 29. Jänner. Der Astronom Friedrich Wilhelm Klinkerfues, bekannt durch die Entdeckungen zahlreicher Kometen und durch die Berechnung der Bahnen mehrerer Asteroiden, hat sich gestern auf

(Nach dem officiellen Coursblatte.)

Die laut Bescheides vom 16. März 1883, Z. 1869, bewilligt gewesene dritte executive Feilbietung der Realität Band V, fol. 393 ad Freudenthal, des Johann Dormiß von Palu, im Schätzwerte per 2365 fl., wird auf den
15. Februar 1884,
vormittags 11 Uhr, hiesgericht's reassu-
miert.
R. I. Bezirksgericht Oberlaibach, am
4. Dezember 1883.